



LAMPEDUSA IN HAMBURG



Tödliche Grenzsicherung

Gedanken zum „Politikunterricht auf der Straße“ und in der Schule

Das Sterben in den angrenzenden Meeren ist weiterhin Normalität. Mit demonstrativer Betroffenheit wies der ehemalige Innenminister „erschüttert“ darauf hin, es müsse alles dafür getan werden, dass sich das Massensterben „nicht wiederholt“. Das sieht dann so aus: europäische Politik legt seit den Hunderten von Toten im Oktober 2013 vor Lampedusa Wert darauf, mit Frontex und Eurosur in „push-back“ Aktionen die Flüchtlinge vor dem Ertrinken in den Meeren zu retten. Doch aufgemerkt: die Rettung ist nicht so gemeint, dass diese Menschen in „menschwürdige Unterkünfte“, etwa in die zahllosen leer stehenden Wohnungen an den Mittelmeerküsten einziehen können mit entsprechender Versorgung und Kleidung. Nein, sie werden in die Gegend expediert, die

sie aus Existenznot unter Lebensgefahr verlassen haben.

So manche Empörung sieht davon ab, dass in der Welt jenseits der abgeschotteten Grenzen der „Festung Europas“ katastrophale Zustände herrschen. In Afrika, dem Nahen Osten und in Teilen Asiens vegetieren weit über hundertmillionen Menschen dahin, verhungern oder sind auf der Flucht. Woran liegt das?

Die EU (mit D vorneweg) mit ihren in der globalisierten Konkurrenz überlegenen Kapitalien hat mit subventionierten Waren die afrikanischen und arabischen Ökonomien erfolgreich niederkonkurriert und den Menschen dort ihre Lebensgrundlage entzogen. So wird u. a. in Marokko und Ägypten Bio-Gemüse für deutsche Handels гигантен angebaut, die dortigen Bauern von

ihren fruchtbaren Böden vertrieben. Das hat zudem katastrophale Folgen für den Grundwasserspiegel, der beständig sinkt und die Wasserknappheit verschärft.

Technisch überlegene Fischfangflotten nehmen – gegen eine Lizenzgebühr des Westens für die ortsansässige Herrschaft – den Fischern ihre Lebensgrundlage. Produkte der Bauern (Mais, Nüsse etc), die für sie und ihre Familien Lebensmittel waren, müssen sich als weltmarktauglich erweisen und dienen genau wie der Abbau afrikanischer Rohstoffe der exklusiven Verwertung westlichen Kapitals. Örtliche Arbeitskräfte werden kaum gebraucht, wenn überhaupt, dann für den Bau von Transportwegen, als Minenarbeiter oder als Sicherheitskräfte, die den reibungslosen Abtransport der Rohstoffe beaufsichti-

Foto: hlz



So wird das Thema anschließend im Unterricht zum Renner



LAMPEDUSA IN HAMBURG



gen. Das Gros der Menschen in Afrika ist schlicht unbrauchbar für das globalisierte Geldgeschäft; nach den kapitalistischen Kriterien des Wirtschaftens sind sie überflüssig und stören nur in ihrer erbärmlichen Existenz.

Die kargen Möglichkeiten in der EU, sich unter miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen als Erntehelfer und Wanderarbeiter zu verdingen, sind seit der Krise des Euro noch weniger geworden.

IWF und Weltbank machen die Kreditvergabe an die ehemals kolonialisierten Staaten davon abhängig, dass sie die Subventionierung der Nahrungsmittel für ärmere Bevölkerungsgruppen stornieren.

Die hoffnungslose Lage in diesen Ländern versuchen die Weltwirtschaftsmächte für ihre Zwecke mittels Einflussnahme auszunutzen oder gar durch Umsturz gegen eine konforme Herrschaft auszutauschen ('Regime Change'). Wenn nötig,

nutzt der Westen ethnische und religiöse Differenzen der Völker zur Separierung oder zu Staatsneugründungen mittels von ihm finanzierter Kriege, um in diesen Regionen seine Interessen durchzudrücken, so genannte 'Feinde' (kritische Bewegungen und Organisationen) werden beobachtet, aufgespürt und mittels Drohnen liquidiert mit zahllosen Opfern – eingestuft als Kollateralschäden – unter der Zivilbevölkerung.

Befreudete Staaten, egal ob Diktatur, Monarchie oder Gottesstaat, werden bei ihrer Kriegsführung gegen feindliche Staaten mit Geld und Tötungsinstrumenten versorgt, um ihren Beitrag im Land oder in der Region zur imperialistischen Weltordnung zu leisten.

Demokratisch gewählt zählt nur, wenn die dem Westen passende Mannschaft an die Macht gekommen ist. Mit Wirtschaftsembargos und Blockaden wird die materielle Lage der Bevölkerung in geächteten Staaten verschlechtert, um sie gegen ihre Regierung aufzubringen.

Der Übergang zum Krieg findet unter dem verlogenen Titel „die Zivilbevölkerung schützen“ statt, durch Anwerben von Söldnern und gleich Bombardieren und Besetzen.

Das hermetisch abgeriegelte Grenzsystem macht jede Hoffnung der „unschuldigen Zivilbevölkerung“ auf ein besseres Leben zunichte. Nur wenige Flüchtlinge werden hier aufgenommen, um dann in erbärmlichen Unterkünften zu landen. Ihre Existenz fristen sie hier als Putzkolonnen, die WCs deutscher Ämter, Kneipen u. ä. reinigen oder im Bordell für die verkorksten Geister des freien

Marktwirtschaftens zur Verfügung zu stehen.

Auch wenn das kaum jemand wahrhaben will: Die toten Flüchtlinge sind die Folge der ökonomischen Interessen der führenden kapitalistischen Nationen und ihrer Unternehmen und so kaum zu vermeiden. Die Toten sind nicht Opfer „gewissenloser Schleuserbanden“ (Friedrich, CSU), sondern sie sind die Folge einer effizienten Abriegelung der europäischen Außengrenzen, die die Politik so will. Die Toten sind nicht Opfer von ignoranten Menschen (hier: gegenüber dem Leid der Flüchtenden), wie in der Presse und vom Bundespräsident lanciert, sondern sie sind Produkte des ökonomischen, politischen und militärischen Handelns eines Landes, dessen Vorsteher Herr Gauck ist. Die Toten bezeugen nicht das „Scheitern der europäischen Flüchtlingspolitik“, wie dies deutsche Flüchtlingsorganisationen einordnen, sondern sie sind das Produkt erfolgreicher Grenzsicherung.

Dem ist einiges über die herrschende Wirtschaftsweise zu entnehmen, die neue Arbeitskräfte - dazu jung und kräftig - nicht willkommen heißt, um Wohnungen, Essen und sonstige Notwendigkeiten zu produzieren. In dieser Gesellschaft gibt es ein sonderbares Bedürfnis, das nach Arbeit und nicht nach den Ergebnissen der Arbeit. Somit gibt es einen Arbeitsplatz nur, wenn er profitabel ist und die Reichtumsquelle des 'Arbeitgebers' sprudeln lässt.

F. BERNHARDT,
R. GOSPODAREK
im Ruhestand

